



**TAGESSCHAU: WENN EIN LINKER DEN HITLERGRUß ZEIGT, DANN
IST DAS EINE RECHTSEXTREMISTISCHE STRAFTAT**

ARD verteidigt Fake-News als „Symbolbild“

Von SARAH GOLDMANN | Am 15. Oktober 2019 warnte die ARD in ihrer Hauptnachrichtensendung um 20 Uhr vor einem Erstarren des Rechtsextremismus. Wörtlich hieß es in der Tagesschau damals: „Rechtsextremismus wird aus Sicht des Bundeskriminalamtes zunehmend zu einer Gefahr.“

Parallel zu dieser Aussage zeigten sie einen jungen Mann, der den Hitlergruß zeigte. Unter anderem PI-NEWS hatte bereits früher, [vor der besagten Nachrichtensendung](#) aufgedeckt, dass es sich bei dem Straftäter um einen bekennenden Anhänger der linksextremistischen Antifa gehandelt hatte. Die Tagesschau schnitt daraufhin später die Fake-News aus ihrer Nachrichtensendung wieder heraus.

Ein PI-NEWS-Leser wollte am 16. Oktober, also einen Tag nach der Nachrichtensendung, von der ARD wissen, ob ihnen dieser Hintergrund bekannt sei und ob sie bereit wären *über Ihre Falschinformation an gleicher Stelle, also in den Hauptnachrichten, durch eine Richtigstellung zu unterrichten?*

Nach mehrerem Nachhaken erhielt unser Leser dann im Februar 2020(!) die Antwort, dass es egal sei, wer den Hitlergruß zeige, denn es handele sich bei ihm um eine Straftat, „ganz gleich wer ihn ausführt“. Die Sequenz habe „als Symbol für widerrechtliches Vorgehen“ gedient. Hier die ungekürzte Antwort der staatlichen „Tagesschau“ im Zusammenhang:

*Sehr geehrter Herr ***,*

vielen Dank für Ihre Mails. Bitte entschuldigen Sie, dass wir Ihnen erst heute antworten. Derzeit erreichen uns zahlreiche Zuschriften zu ganz verschiedenen Bereichen, die alle einer Befassung bedürfen.

Zu Ihrem Anliegen:

Die fragliche Sequenz unseres Beitrags war nicht falsch. Zwar wurde darin ein Anhänger des linken Spektrums gezeigt. Doch das Zeigen des Hitlergrußes gilt in Deutschland als Straftat, gleich, wer ihn ausführt. Somit diente die Sequenz als Symbol für widerrechtliches Vorgehen.

Welche Absichten der Mann mit seinem Verhalten verfolgte, entzieht sich unserer Kenntnis. Spekulationen darüber verbieten sich uns. Da einige Zuschauer sich aber irritiert zeigten, hat sich die verantwortliche Anstalt für den Beitrag, das Hauptstadtstudio Berlin, entschlossen, den Beitrag nicht weiter zugänglich zu machen.

Die Begründung für den Sperrvermerk ergeht ebenfalls jeweils durch die verantwortliche Sendeanstalt. In diesem Fall waren es „rechtliche Gründe“. An diese Formulierung sind wir gebunden und haben sie entsprechend auf tagesschau.de wiedergegeben.

Anmerkungen wie Ihre helfen uns, die eigene Arbeit immer wieder zu überprüfen und noch besser zu werden. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns als kritischer Begleiter unserer Nachrichtenangebote erhalten blieben.

Mit freundlichen Grüßen

Publikumsservice ARD-aktuell

Bereits in der journalistischen Grundschule lernt man, was der Unterschied zwischen einem „Symbolbild“ und einer Fotografie vom Ort des Geschehens ist. Damit beides nicht verwechselt wird, wird ein „Symbolbild“ deshalb auch immer als „Symbolbild“ gekennzeichnet. Dasselbe gilt natürlich auch für eine „symbolische Sequenz“. Sich dieser Mühe der Kennzeichnung zu unterziehen, schien der so erhabenen Sendung allerdings wohl eine Zumutung gewesen zu sein. Schließlich hatte man doch erzieherisch in der richtigen Richtung gewirkt, nämlich vor dem Rechtsextremismus gewarnt.

Dass die Tagesschau sich dabei eine durch ideologische Voreingenommenheit angenommene Wirklichkeit erst selbst konstruiert, dass dies genau durch solche Fake-News geschieht, scheint von den ideologisch völlig voreingestellten Redakteuren schon nicht mehr wahrgenommen zu werden. Oder sie lügen, da es einer „guten Sache“ dient, was das Zeug hält, bewusst und mit voller Absicht.



Wie die ARD-Tagesschau ihren

Fake-Nazi verschwinden ließ

Im PI-NEWS-Beitrag vom 16. Oktober [„Rote GEZ-Glotze zeigt wieder Hitlergruß-Antifant“](#) zeigten wir, wie die ARD-Tagesschau die Gefahr des Rechtsextremismus in Deutschland beschwor, die nach den Messerattacken von Chemnitz (zur Erinnerung: es waren keine Rechten, die dort mordeten!) „zunehmend zur Gefahr“ geworden sei.

Als bildlichen Beleg für diese Aussage zeigte die Tagesschau parallel zum genannten Text einen jungen Mann, der bei den Demos gegen die Messerattacken den Hitlergruß zeigte. Der Mann in der eher links anmutenden verlotterten Aufmachung war vorher bereits durch die internationale Presse als Beweis für den Rechtsextremismus in Chemnitz gegangen. Nur: der Taugenichts, der dort den Hitlergruß zeigte, war bekennender Linker mit Antifa-Tattoo und wollte offensichtlich die Demos gegen Gewalt als „Nazi“ in Verruf bringen.

Dies war bereits seit August bekannt, als ein Gericht den abgehängten Agent Provokateur verurteilte und seine linke politische Gesinnung eindeutig feststellte. Es hätte gereicht, dass die Tagesschau-Macher zwischendurch mal Zeitung [oder PI-NEWS lesen](#), um das zu erfahren.

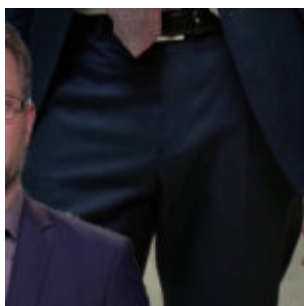
Sie wussten es vermutlich sehr genau bei der Tagesschau, denn sie lesen bei uns mit. Aber sie sendeten es trotzdem. Denn schöner konnte kein echter Nazi den Hitlergruß zeigen als dieser Antifa-Fan von der anderen Seite.

Offensichtlich gab es aber wohl einige Kritik an dieser von PI-NEWS aufgedeckten offensichtlichen Lüge der Tagesschau, wir hatten ja am Ende des Beitrags eine Kontaktadresse angegeben.

Die scheinen einige genutzt zu haben. Denn: Der Beitrag mit dem Fake-Nazi ist inzwischen aus der Tagesschau-Mediathek verschwunden. An der Stelle, wo der Beitrag eigentlich erscheinen müsste, [bei Minute 7:21](#), steht nun, dass „diese

Bilder aus rechtlichen Gründen nicht gezeigt werden dürfen.“ So wie sonst für Sportbilder am Ende der Tagesschau, wenn man sie im Internet ansieht.

„Du sollst nicht lügen“, ist das mit den rechtlichen Gründen gemeint? Kleiner Scherz, so etwas kümmert die Lügenpresse nicht. Was wir aber sehen, ist dies: Es dürfte der Beitrag auf PI-NEWS gewesen sein, der hier die ARD zum verschämten Verstecken der Tagesschau-Lüge führte. Dies bestätigt uns in der Wirksamkeit unserer Arbeit und in der Wichtigkeit einer Vierten Gewalt im Staat. Diese Funktion wollen wir gerne weiter für Sie wahrnehmen. Bleiben Sie uns gewogen.



ARD: Wir wollten doch nur die Hände von Gottschalk zeigen

PI-NEWS hat [am Sonntag](#) über die herabwürdigende Darstellung des AfD-Abgeordneten Kay Gottschalk in der Tagesschau berichtet. Gottschalk war perspektivisch so dargestellt worden, dass er möglichst klein erscheint und in einem Zwischenschnitt wurde mehrere Sekunden lang sein Hosenstall eingeblendet.

Sein Hosenstall? Nein, so war das ja gar nicht gemeint, schreibt jetzt Daniel Pokraka, der verantwortliche Autor. Nicht der Hosenstall wurde gezeigt, sondern: die Hände!

Ist Ihnen denn nie aufgefallen, wie oft man in der Tagesschau Hände vor einem Interview zu sehen bekommt? Sie wurden abgewogen gegen den „prominent“ dargestellten Hosenstall und der Korrespondent entschied, dass die Hände von Gottschalk so sehr wichtig wären, dass sie also gezeigt werden sollten.

Hier die Ausrede von Pokraka im Originalton:

*Sehr geehrter Herr ******

vielen Dank für Ihre Rückmeldung. Als Autor des kritisierten Beitrags möchte ich Ihnen antworten.

In Fernsehbeiträgen ist es üblich, unmittelbar vor O-Tönen von Politikern (oder anderen) so genannte „Antexte“ zu verwenden. Nicht immer, aber häufig sind das Bilder vom Politiker selbst. Dem Autor gibt das die Möglichkeit, Fakten zum Thema und für das Verständnis des O-Tons notwendige Informationen unterzubringen.

Im Fall von Kay Gottschalk haben wir zwei Antexte verwendet: das Bild (länger), auf dem er im Gespräch mit mir zu sehen ist und das (kürzer) von Ihnen kritisierte, das seine Hände zeigt.

Wenn Sie darauf achten, werden Sie feststellen, dass Sie Bilder von Händen in Nachrichtenbeiträgen häufig sehen. Dass in unserem Fall die Hände wahrnehmungstechnisch in den Hintergrund treten, weil tatsächlich der Lendenbereich prominent zu sehen ist, kann man kritisieren. Ich fand das Bild aber in der Abwägung vertretbar.

Ich würde mich freuen, wenn Sie der Tagesschau auch als kritischer Zuschauer gewogen bleiben.

Daniel Pokraka

Fernsehkorrespondent

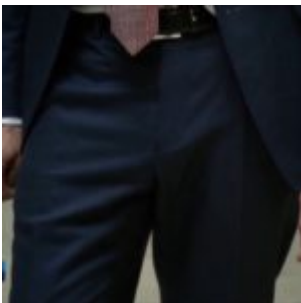
ARD-Hauptstadtstudio

Wilhelmstraße 67a / 10117 Berlin

E-Mail: daniel.pokraka@ard-hauptstadtstudio.de

Twitter: @PokrakaD

Wahrscheinlich lachen sie sich nach dem Ansehen des Beitrags jetzt noch einmal in ihrer Redaktion über die super Ausrede kaputt, die Prokaka da eingefallen ist. „Publizistische und gestalterische Qualität“ nennen sie das feixend bei der Tagesschau.



„Publizistische und gestalterische Qualität“ bei der Tagesschau

Vor dem Hintergrund nett lächelnder Moderatoren der Tagesthemen erläutert die ARD ihre Grundsätze für die [journalistische Programmgestaltung](#) so:

Kern unserer Qualitätssicherung in der ARD [...] ist die kontinuierliche und systematische Sicherung der publizistischen und gestalterischen Qualität der journalistischen Programme.

Diese Qualität wird in ganz besonderem Maße durch die Redaktionen gestaltet, denn die Journalistinnen und Journalisten sowie Produktionsteams treffen täglich

Entscheidungen über die Auswahl und die Gestaltung von Themen und Sendungen.

In den regelmäßigen Redaktionskonferenzen nehmen daher der Austausch und die Diskussion über unsere journalistische Qualität sowie ihre Evaluation einen wichtigen Stellenwert ein.

So viel zur Theorie. Es folgt ein aufgeblasener Wust von Kriterien und Qualitätsmessungen, die sicherstellen sollen, wie phantastisch deren Nachrichtensendung war und ist. Man bemüht sich also sehr.

Praktisch sieht das dann so aus, dass während des Interviews mit dem AfD-Politiker Kay Gottschalk die Kamera den Bereich um seinen Hosenstall erfasst und abbildet, während die anderen interviewten Politiker in gewohnter Weise mit Gesicht und Oberkörper abgebildet werden.

[Burkhard Müller-Ullrich erläutert auf der Achse des Guten](#) die angewandte „publizistische und gestalterische Qualität“ der Tagesschau vom 24.09. im Detail.

Wir bitten unsere Leser, sich mit entsprechenden Nachfragen an die Redaktion der Tagesschau zu wenden. Reaktionen der ARD werden wir gerne hier veröffentlichen. Sollten Stellungnahmen der Tagesschau ausbleiben, bitten wir ebenfalls um Mitteilung.

» redaktion@tagesschau.de



Peinliche Tonpanne beim NDR: „Warum arbeitest du hier noch, Alter?“

Von EUGEN PRINZ | „Kindermund tut Wahrheit kund“, sagt ein altes deutsches Sprichwort. Aber auch ein nicht ausgeschaltetes Mikrofon übernimmt manchmal diesen Job. So geschehen im Januar diesen Jahres im [Bayerischen Landtag](#) und am Montag letzter Woche in der ARD im Anschluss an die 15-Uhr-Tagesschau.

Offenes Mikrofon enthüllt unangenehme Wahrheit

Nach dem Ende der Sendung versäumte es die Regietechnik, aus der Sendung auszublenden oder zumindest die Mikrofone zu deaktivieren. Daher konnten die Fernsehzuschauer eine private Unterhaltung des Nachrichtensprechers Claus-Erich Boetzkes, der offenkundig das Studio an den gerade eintreffenden Jan Hofer für die nächste Sendung übergab, mit verfolgen. Was sie da mit anhören konnten, war harter Tobak für die Zwangsgebührenzahler, denn die beiden Tagesschausprecher machten sich über ihre dicken Honorare lustig, die von unserem sauer verdienten Geld bezahlt werden.

Boetzkes: „Hast du von deinem Auto eigentlich die Achsen verstärken lassen?“

Hofer: „Achsen?“

Boetzkes: „Ja!“

Hofer: „Warum?“

Boetzkes: „Damit du die Honorare fahren kannst, ohne dass das Ding wegknickt.“

Hofer: „Das mach ich heute doch alles in Bitcoins.“

Boetzkes: „Das habe ich natürlich – richtig! Du gehörst ja bereits zu den ganz Modernen, die mit Bitcoin arbeiten. Stimmt! Ich habe immer noch die Kisten ins Auto gepackt.“

Hofer: „Ich habe vorgestern eine Neubewertung meiner Immobilien bekommen – durch die Bank.“

Boetzkes: „Und? Warum arbeitest du hier noch, Alter, warum?“

Hofer: „Weiß ich auch nicht.“

Boetzkes: „Nur weil du Spaß hast?“

Hofer (flüsternd – in Bezug auf die Neubewertung seiner Immobilie): „Teilweise das Dreifache – der damaligen Bewertung“

Erst jetzt wird das offene Mikrofon bemerkt und ausgeschaltet. Es dauert natürlich nicht lange, bis die Szene auf YouTube zu finden ist. Immer mehr Internetnutzer sehen sie und geben so manchen bissigen Kommentar dazu ab.

So nehmen die Betroffenen Stellung

Gestern wurde das Thema vom [FOCUS](#) aufgegriffen. Das Magazin bat Jan Hofer um eine Stellungnahme. Die fiel kurz und bündig aus:

„Es war ein privater Joke unter Kollegen, der die Öffentlichkeit nichts angeht.“

Auf die wenig amüsierten Reaktionen in den Kommentarspalten angesprochen, entgegnete der Tagesschausprecher:

„Was die Leute in solchen Hasskommentaren schreiben, ist mir Wurst.“

Und der NDR meint dazu:

„Es handelte sich um eine Panne, dies war ein privates, nicht ernst gemeintes Gespräch, das wir nicht kommentieren.“

Hofer und Co: Wasser predigen und Wein saufen

Wer sich fragt, wie es die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten schaffen, trotz des riesigen Budgets aus den Zwangsbeiträgen ein so mieses Programm zu fabrizieren, hat jetzt die Antwort: Das große Geld fließt in die Gehälter und Pensionen der Funktionäre, sowie der Moderatoren und Redakteure, die durch eine Nachrichtensendung oder Talkshow führen.



Gefüllt werden also die Taschen der Volkserzieher, die uns mit Leichenbittermiene von der Not und dem Elend der Flüchtlinge erzählen. Und die uns ermahnen, noch mehr davon aufzunehmen, während sie selbst bequem in einer schicken Villa im Nobelvorort wohnen, wohin sich die Kollateralschäden der Zuwanderung nicht verirren.

Hofer und Co. lassen sich fürstlich dafür entlohnen, dass sie dem Volk Tag für Tag Regierungspropaganda der Marke Carola Rackete und Greta Thunberg eintrichtern, um es für den bevorstehenden großen Raubzug gegen sein immer weiter schrumpfendes Vermögen gefügig zu machen.

Ein privater Joke unter Kollegen mag es für Claus-Erich Boetzkes gewesen sein. Jan Hofer scherzt nicht, denn jemand, der einen Spaß macht, gibt diesen nicht flüsternd zum Besten. Außerdem gehört er zu jenem Typ Mensch, der zum Lachen in den Keller geht. Die Verdreifachung des Wertes seiner Immobilie hat er einer Politik zu verdanken, die sich gegen das eigene Volk richtet und die er tagtäglich den Zuschauern skrupellos als wichtig und richtig verkauft.

Die Wertsteigerung seiner Immobilie macht ihn in Verbindung mit seiner Tätigkeit zu einem „Kriegsgewinnler“ der Politik dieser Regierung gegen das eigene Volk. Vielleicht sollte er daran denken, dass es genau diese Wertsteigerung ist, die

jungen Familien den Erwerb eines Eigenheimes heutzutage fast unmöglich macht, von den ständig steigenden Mieten ganz zu schweigen.

Das sind die Folgen der Politik, die Hofer und Co. für ein dickes Honorar verkaufen und sich dabei noch über die Gebührenzahler lustig machen, die das finanzieren. Wer es den Zwangsgebühren-Sendern in Zukunft nicht mehr ganz so leicht machen möchte, kann sich [hier](#) und [hier](#) informieren, welche Möglichkeiten er hat.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Tagesschau-Soap Opera: Ein Syrer „haben Angst“

Hussein Mohammed aus Syrien ist ein guter Vater. Wenn er mit seinen zwei Söhnen zum Tischtennis-Match in den Park geht, dann lobt und ermutigt er sie mit erhobenem Daumen oder zeigt auch schon mal, in welche Richtung der Tischtennisball fliegen soll (min. 0:51 bis 1:19).

Seine Frau schaut der Erziehungsarbeit ihres Mannes dabei ungerührt zu und verfolgt das Geschehen passiv im Sitzen von der Seitenlinie aus.

Sie scheint schwer beeindruckt von den pädagogischen Fähigkeiten ihres Mannes, die sie in den letzten Jahren nicht kannte, weil er nicht da war, als sie allein mit den Jungen in Syrien blieb.

Doch seit wenigen Monaten ist das stille Familienglück durch den Familiennachzug von Mama und Söhnen („nach Deutschland“) möglich geworden, wie uns die [16 Uhr -Tagesschau vom 1.8.](#) verrät:

Ein Tischtennis-Match im Park. Für Hussein Mohammed aus Syrien ist das mit seinen Söhnen erst seit ein paar Monaten wieder möglich. Schon seit 2015 lebt er als Flüchtling mit eingeschränktem Schutzstatus in Deutschland, seine Familie konnte er aber lange nicht nachholen.

[Hussein Mohammed:] Sie blieben über drei Jahre alleine in Syrien, ungefähr vier Jahre. Immer haben Angst. Das ist schwer.

Sie immer haben Angst oder ich immer haben Angst? Wahrscheinlich beides. Da fragt man sich allerdings, fragt sich Frau Mohammed und fragen sich wohl auch die Kinder, warum der liebevolle pädagogische Vater sich aus Syrien verdrückt hat ohne seine Familie mitzunehmen, aus dem angeblichen Gefahrengebiet, von wegen „immer haben Angst“.

Wenn es wirklich gefährlich war, dann hätte er seine Familie mitnehmen müssen, mindestens in den Libanon oder in die Türkei oder in einen weniger umkämpften Teil Syriens. Das Geld, das für eine Person „nach Deutschland“ reichte, hätte sicher ausgereicht um die Familie in einem dieser Gebiete in Sicherheit unterzubringen.



Allerdings: Ohne das deutsche All-inclusive-Paket mit Taschengeld auch für Papa und Mama. Und auch ohne von den deutschen Hauptnachrichten, der Tagesschau, als Familienheld und Pädagogik-Talent gefeiert zu werden. Hierzulande fragt man eben keinen Syrer, warum der seine Familie allein zurückgelassen hat.

Immer haben Angst: Kriegen deutsches Taschengeld oder nicht? War es das?



„2000 unbegleitete Minderjährige grausam in den USA eingesperrt“

Illegal in die USA eingereiste Ankerkinder, vermutlich losgeschickt von den eigenen Eltern – was macht eine Regierung mit solchen minderjährigen Gesetzesbrechern, die sich nicht an die Einreise- und Aufenthaltsgesetze der USA halten, welche für die meisten Länder ein Visum vorsehen und außerdem die Begleitung von Erwachsenen? Erst recht, wenn ein dauerhafter Aufenthalt angestrebt wird? Man steckt sie in ein Auffanglager und versorgt sie mit dem Notwendigsten.

Nach ca. 8 Wochen werden sie dann in eine bessere Unterkunft überstellt, wo für die Kinder dann ein „Asylverfahren“ (für 13-Jährige!!) durchgeführt wird.

Etwas daran auszusetzen?

Natürlich, denn es geht gegen das Amerika des Donald Trump und deshalb wird dort genauestens auf die Behandlung von Kindern geschaut (nicht etwa in Somalia, zum Beispiel). Amnesty International legt vor:

„[2000 unbegleitete Minderjährige würden grausam eingesperrt](#)“, so der Titel eines Amnesty-Berichts.

Und die Tagesschau vom 18.07. legt nach, das heißt, berichtet die [Meldung wie vorgegeben](#), kaut sie wieder wie eine Kuh im

Merkel-Deutschland des Jahres 2019.

Das sind die Vorwürfe (zitiert aus Video und Text):

- die Jugendlichen würden unter katastrophalen Bedingungen inhaftiert,
- die Notaufnahmeeinrichtung sei völlig überfüllt,
- die Kinder hätten Namensschilder mit Strichcodes, die überall gescannt würden,
- „es war schockierend zu sehen, wie streng sie Kinder behandeln“–,



- Dinge des täglichen Bedarfs müssen über ein Formular beantragt werden,

- die Kinder seien dort „verängstigt und ohne ihre Familien“
- bei Fehlverhalten der Kinder soll Ihnen mit negativen Folgen (für das Asylverfahren) gedroht worden sein,
- Im Übrigen sei es nicht illegal, Asyl zu beantragen [hatte niemand behauptet, wird aber so dargestellt, als ob: von Tagesschau und ai; Anm. PI]
- und die Einrichtung sei „privat“ und „profitorientiert“.

Schlimm, sehr schlimm das alles. Wollen wir mal hoffen, dass

die kleinen Mädchen, die (zum Beispiel) in Somalia mit Beschneidung gefoltert werden und islamisch korrekt so ihr körperliches Wohlbefinden für immer verlieren, nicht mit Strichcodes in die Hütten der Barbaren geschleppt werden, die dann dort unter Umständen auch noch gescannt werden.

Und – hoffentlich – sind es keine „privaten“, gar „profitorientierten“ Folterer, die die wehrlosen Mädchen dort sadistisch ohne jede Hemmung quälen. Gott bewahre, möge Amnesty International ein Auge darauf haben!



Presseecho nach PI-NEWS-Artikel über Stimmungsmache in Tagesschau

Am 27. Mai leitete die Tagesschau um 20 Uhr einen Beitrag über die Wahlergebnisse der AfD im Osten mit folgenden Worten ein: „Die Ergebnisse für die AfD bei der Europawahl spalten Deutschland.“

PI-NEWS thematisierte am nächsten Morgen diese Stimmungsmache gegen die AfD [in einem eigenen Beitrag](#). Insbesondere wiesen wir darauf hin, dass hier eine (abfällige) Meinung über die AfD in einen redaktionellen Bericht eingeflossen war und nicht als Kommentar eingefügt und kenntlich gemacht wurde. Nach uns (und vielleicht auch aufmerksam geworden durch uns) nahmen

sich zwei weitere Medien des Themas an und berichteten kritisch über die Berichterstattung in der Tagesschau.

Die [Junge Freiheit](#) fragte beim zuständigen NDR nach, ob „auch das starke Abschneiden der Grünen Deutschland spalte und wenn ja, warum die Tagesschau in dem Fall dann darauf verzichtet habe, dies zu erwähnen.“ Der NDR antwortete umgehend:

„Vielmehr macht der Text deutlich, daß die AfD in Deutschland höchst unterschiedliche Ergebnisse erzielt hat und insofern von einem gespaltenen Ergebnis gesprochen werden kann. Während die AfD in vielen ostdeutschen Bundesländern herausragende Ergebnisse erzielte, blieb sie in vielen westdeutschen Bundesländern hinter den eigenen Erwartungen zurück. Dies war der Tenor der genannten Meldung“, teilte ein Sprecher mit. Die Antwort auf die Frage, warum das starke Ergebnis „der rechtspopulistischen Partei“ im Osten Deutschland spalte, blieb der Beitrag jedoch schuldig.

Wir ergänzen: In dem angesprochenen [Bericht](#) wird kein einziges AfD-Ergebnis aus den westdeutschen Bundesländern genannt, und auch diese selbst nicht einmal erwähnt, mithin fand also auch kein Vergleich der „höchst unterschiedlichen Ergebnisse“ statt, wie der NDR sich herauszureden versucht.

In einem bemerkenswerten Beitrag greift das News-Portal [Epoch Times](#) die romantische Sehnsucht der Grünen und anderer Spinner auf, die Gesellschaft möge sich teleologisch auf ein grünes Utopia hinbewegen. Epoch Times schreibt:

In der Politik hat die Vorstellung einer „Einheitsgesellschaft“ hingegen etwas Gruseliges. Sie ist regelmäßig das Ideal utopischer Gesellschaftsentwürfe, an deren Ende sich alle Widersprüche und Interessenskonflikte, wie sie das alltägliche Dasein im realen Leben prägen, in allseitiger Harmonie auflösen. Der Versuch, solche Vorstellungen auf Erden mit den Mitteln der Politik durchzusetzen, endete regelmäßig in Leichenbergen.

Weiter unterstreicht Epoch Times, dass es geradezu konstituierend für eine demokratische Gesellschaft ist, dass es verschiedene Parteien gibt, mit unterschiedlichen Programmen und Ansichten. Schließlich kann es ja nur so zum Meinungsstreit kommen, der dann im Idealfall zur besseren Lösung der Probleme führt:

Das Bestehen von Parteien ist demnach eine sogar vom Grundgesetz ausdrücklich gebilligte Form der „Spaltung“ der Bevölkerung. Ihr Wirken soll dazu beitragen, Konflikte und Spannungen zu kanalisieren und auf parlamentarischem Wege Lösungen zu finden. Nur totalitäre Bestrebungen haben bislang versucht, die „Spaltung“ des Landes durch die Parteien dadurch aufzuheben, dass sie diese durch eine „Einheitspartei“ ersetzen, die den Willen des Volkes insgesamt repräsentieren sollte.

Insofern mag es überraschen, dass Tagesschau-Moderator Jens Riewa in der Hauptnachrichtensendung um 20 Uhr am Sonntag in einem redaktionellen Beitrag – nicht einmal in einem als solchem ausgewiesenen Kommentar – zur EU-Wahl erklärte: „Die Ergebnisse für die AfD bei der Europawahl spalten Deutschland.“

Wortwahl und tendenziöse, wenn nicht diffamierende Berichterstattung der Tagesschau überraschen nicht wirklich. Sie sind Teil einer unabgesprochenen politischen Korrektheit, bei der man weiß, was man zu sagen hat und was nicht. Wenn über das „Spalten“ durch die AfD gesprochen wird, so greift die Tagesschau damit eine [bei Linkspopulisten beliebte Formulierung](#) auf, mit der die AfD diskreditiert werden soll. Die Tagesschau kennt diese Sprachverwendung natürlich und setzt sie gezielt ein. Negative Seitenhiebe gegen die AfD sind derzeit der beste Weg, um Sternchen zu sammeln und irgendwann einmal einen Intendantenposten als Belohnung zu erhalten.



Tagesschau: „AfD im Osten spaltet mit ihrem Wahlergebnis Deutschland“

Was ist, wenn eine Partei gut abschneidet in einem Bundesland oder deutschlandweit, sagen wir, bei der Europawahl? Was sagt die Tagesschau dazu?

Sie kann sagen: „Die Grünen haben besser abgeschnitten, als sie selbst erwarteten.“

Oder: „Die Sozialdemokraten mussten erhebliche Verluste hinnehmen.“

Oder: „Beide großen Volksparteien mussten große Verluste hinnehmen.“

Oder: „Die CDU konnte erstmals im kleinsten Bundesland Bremen die SPD überholen und wurde dort stärkste Partei.“ So wäre das sachlich formuliert.

Und was ist, wenn die AfD plötzlich ein ähnliches Ergebnis aufweist, in Sachsen zum Beispiel? Dann „spaltet“ die böse AfD mit diesem Wählervotum „Deutschland“. So vermeldete es am 27.5. die 20 Uhr-Tagesschau.

Das war kein Kommentar, eingefügt und kenntlich gemacht

zwischen den Nachrichten. Sondern es war Bestandteil der Meldung selbst, dass die AfD in einigen östlichen Bundesländern stärkste Partei geworden ist. So etwas darf schließlich in der „Aktuellen Kamera“ nicht ohne einen (abwertenden) Kommentar stehen bleiben. Deshalb texteten die [Macher der Nachrichten](#) wörtlich:

Die Ergebnisse für die AfD bei der Europawahl spalten Deutschland. Die rechtspopulistische Partei konnte vor den Landtagswahlen in drei neuen Bundesländern vor allem in Ostdeutschland deutliche Gewinne verbuchen.

Sie wurde in Sachsen und Brandenburg jeweils stärkste Kraft, im Freistaat mit mehr als 25 Prozent. In Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern erreichte die AfD den zweiten Platz hinter der CDU.

Sie spalten Deutschland, das klingt groß und böse. Soll es auch. Uneinigkeit sät da die AfD mit ihrem bösen guten Wahlergebnis im Osten, so der Vorwurf. Vielleicht liegt ja ein tieferer Sinn darin. Wenn eine Partei sich im Gegensatz zu den anderen an Recht und Gesetz hält, an die demokratischen Spielregeln, die die anderen je nach Bedarf so auslegen, wie es ihnen gerade passt, um der Opposition maximal zu schaden – dann hebt sich diese Partei natürlich deutlich ab vom verkommenen Rest. Da bleibt denen und ihren Medien dann nichts weiter, als der AfD auch das noch als „Spaltung des Landes“ vorzuwerfen.



Wien: Tagesschau grüßt Antifa

Demokratiefeindlichkeit wird derzeit Österreichs Ex-Vizekanzler HC Strache immer wieder vorgeworfen. Die etablierten Parteien und ihre Medien genießen ihren Erfolg in vollen Zügen. Doch wie sieht es aus mit jenen, die das Gewaltmonopol des Staates ablehnen und sich anmaßen, neben der Polizei eine eigene Sturmabteilung unterhalten zu dürfen? Das sind die Grünen, die Linken, die SPD, selbst Teile von CDU/CSU und der FDP.

Allen gemeinsam ist eine mehr oder weniger ausgeprägte Verbindung zum linken Neo-Faschismus, von personellen Überschneidungen bis hin zur Verfügungstellung von Räumlichkeiten, in denen die Faschisten ihre Übergriffe und Überfälle planen und Strategien gegen Rechts und gegen die Polizei entwickeln.

Es geht um die sich zynischerweise „Antifa“ nennenden Linksfaschisten im Lande. Ihr Bekenntnis zur Gewalt ist eindeutig, natürlich nur gegen „Nazis“ und „Rechte“, wobei der Begriff je nach Aggressionsstau der Schläger weit gedehnt werden kann. Die „Antifa“ vereint dabei immer und grundsätzlich Gesetzgebung (z.B. „Rechte dürfen keine Demos abhalten“), „Rechtsprechung“ und Vollzug des selbst gesetzten „Rechtes“ in einer Hand. Sie entscheiden, was „Rechte“ nicht dürfen und schlagen zu, wenn die entgegen ihren Befehlen und Vorschriften handeln.

Es ist die letzten Tage viel die Rede gewesen von Demokratie und von Rechtsstaatlichkeit und von einer freien Presse. Was hat das mit der Affäre Strache zu tun? Folgendes:

Diejenigen, die sich als Parallel-Staatsmacht empfinden, die „Antifa“, kämpfen zusammen mit den „demokratischen“ Parteien auf ihre Weise „gegen Rechts“. Als am Samstag vor dem Kanzleramt von vielen Demonstranten Neuwahlen gefordert

wurden, war auch die „Antifa“ zugegen. Niemand der „Demokraten“ störte sich an der Abordnung der Schläger, sie sind ihnen willkommen.

Die „freie“ Presse hinterfragt entsprechend nicht die Organisation der Neo-Faschisten und auch nicht ihr Auftreten oder ihre kriminellen Straftaten. Im Gegenteil: Die Fahne der Antifa wird immer präsenter im Deutschen Fernsehen. Die [Tagesschau vom 18.05.](#) setzte die Verbrecher in Szene und ihr „Zeichen gegen Rechts“, indem sie die Flagge der Antifa mehrere Sekunden groß zeigte (ab 2:04 min). Das ist kein Zufall und auch keine Nachlässigkeit, es ist der Gruß einer faschistoiden Lügenpresse an ihre linksextremen Gesinnungsgenossen da draußen im Lande.



Antifa in der Tagesschau – kein kritisches Wort

Es gibt viele Möglichkeiten für den Regierungssender ARD, seinen „Programmauftrag“ zu erfüllen: Vertreter der Opposition werden bei Talkrunden außen vor gelassen, [Hetzjagden](#) auf deutsche Oppositionelle werden verschwiegen, Anti-AfD-Propaganda wird bei jeder sich bietenden Möglichkeit „eingebaut“ (zuletzt beim [Tatort vor zwei Wochen](#), Minute 45),

AfD-Gegner werden in den Hauptnachrichten positioniert.

Letzteres geschah gestern, als eine „Demonstration gegen Rassismus“ in Erfurt vorgestellt wurde; die Tagesschau berichtet ab Minute 7:39:

Am heutigen internationalen Aktionstag gegen Rassismus hat es in 27 deutschen Städten Kundgebungen gegen rechte Parteien und Fremdenfeindlichkeit gegeben. Insgesamt versammelten sich mehrere tausend Menschen um ein Zeichen gegen Nationalismus und Faschismus zu setzen. Organisiert wurden die Aktionen vom Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“. Auch Gewerkschaften, Parteien und Verbände beteiligten sich.

Kein Hinterfragen, kein kritisches Wort zu den auf 27 Demonstrationen verteilten mehreren tausend Menschen und ihrer Zusammensetzung. Beteiligt waren bei der gezeigten Demo aus Erfurt, wie man auf den Bildern sehen kann, auch die faschistischen Schlägertrupps von der Antifa, wohl gelitten von den anderen „Gewerkschaften, Parteien und Verbänden“.

„Antifa“ nennen sich die Faschisten, die unser Rechtssystem durch Schnellgerichte auf der Straße außer Kraft gesetzt wissen wollen, die innerhalb von Minuten willkürliche Urteile fällen und umsetzen wollen. Sie entscheiden, wer „Nazi“ ist und maßen sich das Recht an, solche, die sie gerade als „Nazi“ klassifiziert haben, unmittelbar auch zu bestrafen, zu schlagen oder zu erschlagen. Sie ähneln darin frappant der SA unter den Nazis, die damals in gleicher Weise eine Parallelgewalt zur staatlichen Polizei darstellte.

Der halbstaatliche Schlägertrupp fehlte auch gestern bei der in den Nachrichten gezeigten Demonstration aus Erfurt nicht. Mit herunter gezogenen schwarzen Kapuzen marschierte der linksextreme Abschaum als Exekutive des „Bündnisses“ an der Seite mit. So stellte „Aufstehen gegen Rassismus“ also gleich klar, wer die Drecksarbeit für ihr Motto zu erledigen hat. „Stoppt die AfD“ lautet das, wenn man [ihre Seite](#) aufruft.



Noch mehr Steuergeld für Merckels Lieblinge?

Von CHEVROLET | Da ist wohl etwas schief gelaufen: Ausgerechnet vor der Hessenwahl und der Bayernwahl, sickerte aus Berlin etwas durch, das den Wählern ihre Wahlentscheidung erleichtern könnte. Und ausgerechnet die linke-grüne „Alpen-Prawda“ (Süddeutsche Zeitung) war es, die die Bombe hochgehen ließ: Am Dienstag um 0.21 Uhr meldete die Online-Ausgabe hochofrenet: „Bund will mehr Geld für Flüchtlinge ausgeben“. Nicht nur ein bisschen, sagenhafte 15 Milliarden Steuergelder

zwischen 2019 und 2022 sollen es laut SZ sein.

„Die Bundesregierung will Ländern und Gemeinden bei der Integration von Flüchtlingen noch stärker entgegenkommen als bisher vorgesehen. Geplant ist, sowohl die finanziellen Zuschüsse spürbar zu erhöhen als auch auf das Kontrollrecht zu verzichten, ob die Länder das Bundesgeld tatsächlich für Integrationsleistungen verwenden. Das Bundeskabinett will den entsprechenden Gesetzentwurf, in dem die Flüchtlingsfinanzierung fortgeschrieben wird, am Mittwoch verabschieden. Er liegt der Süddeutschen Zeitung vor. Die große Koalition will Ländern und Kommunen zwischen 2019 und 2022 insgesamt mehr als 15 Milliarden Euro für die Kosten der Integration überweisen“, [schrieb das Blatt](#) .

Das sind Sätze, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss und fortsetzen, was die völlig außer Kontrolle geratene Angela Merkel bereits seit 2015 angerichtet hat. Nachdem für nichts Geld da war, Brücken bröseln, Straßen verkommen und Schulen vergammeln, von Entlastungen für die nach vielen Jahren Merkel-Herrschaft ausgelaugten Bürger ganz zu schweigen.

Und jetzt legt Berlin noch mal richtig nach: Ein kräftiger Schluck aus der Pulle muss es schon sein für Merkels Lieblinge. Wie das funktionieren soll, weiß die Süddeutsche natürlich auch: „

Dabei soll nicht mehr wie bisher exakt für jeden einzelnen Flüchtling abgerechnet werden. Stattdessen erhalten die Länder einen großen Teil der finanziellen Zuwendungen über pauschale Anteile am Umsatzsteueraufkommen.

Und spätestens beim Wörtchen Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer), sollte der Bürger aufhorchen: Will man da vielleicht die Mehrwertsteuer zum höheren Wohle der Moslems aus Arabien und Neger aus Afrika erhöhen? Das schreibt die SZ natürlich nicht,

aber als Bürger ahnt man so etwas ja. Dann werden jedenfalls aus den bisher 78 Milliarden, die man an die „Flüchtlinge“ verschenkt, schon einmal 93 Milliarden.

Was man wohl mit dem Geld Nützliches hätte tun können? Aber das stimmt natürlich alles gar nicht. Um 11.13 Uhr verbreitete die staatstragende [Tagesschau der ARD](#) das zu erwartende Dementi aus dem Finanzministerium

Der Bund will Länder und Kommunen weiter bei den Kosten für Flüchtlinge unterstützen – einen „SZ“-Bericht, laut dem dafür mehr als 15 Milliarden Euro veranschlagt werden, dementierte das Bundesfinanzministerium aber.

Klar, war ja auch nicht anders zu erwarten. „Die Bundesregierung unterstützt Länder und Kommunen auch 2019 bei der Bewältigung von fluchtbedingten Integrationskosten. Insgesamt stellt der Bund im Rahmen eines Gesetzentwurfes dafür 6,85 Milliarden Euro zur Verfügung. Eine Einigung von Bund, Ländern und Kommunen über die Fortsetzung der Unterstützung wurde bereits im September 2018 erzielt“, so die Tagesschau.

Und, natürlich, alle anderen Medien springen auf den Zug auf, dass es eben gar nichts zu berichten gibt. Na, dann ist ja alles wieder gut, und der Schlafmichel wird schön sein Kreuzchen da machen, wo es Honeckers Musterschülerin gefällt.



Mord an Arzt in Offenburg: Gniffke (ARD) reagiert auf PI-NEWS

Da müssen dem Nachrichtenverschweiger Nr. 1 der deutschen Lückenpresse wohl die Ohren geklungen haben, als ihm vermutlich nicht wenige Zuschauer das [Totschweigen des Mordes von Offenburg](#) in der Tagesschau vorhielten.

Es war ja auch nicht das erste Mal, dass die Tagesschau geflissentlich übersah, was ihnen ideologisch nicht ins Weltbild passte, erinnert sei nur – stellvertretend – an den [Fall Maria Ladenburger](#).

Chefredakteur Kai Gniffke verteidigte jedenfalls am Samstag das Vorgehen der ARD im Offenburger „Tötungsfall“ in einer Stellungnahme, in der er durchaus inhaltlich argumentierte.

Das macht sie durchaus bemerkenswert und geeignet, die Diskussion darüber voranzubringen, wie mit den Folgen von Merkels illegaler Einwanderungspolitik – medial und politisch – umgegangen werden sollte.

Deshalb veröffentlichen wir hier die [Stellungnahme des ARD-Chefredakteurs](#) in ganzer Länge, mit anschließenden Anmerkungen von PI-NEWS:

ARD-aktuell 18. August 2018

Der Tötungsfall in Offenburg

*Uns erreichen auf verschiedenen Wegen Publikumsreaktionen, die nicht nachvollziehen können, warum wir über die tödliche Attacke auf einen Arzt in Offenburg **nicht** in der Tagesschau berichtet haben. Für all diejenigen, die es nicht erfahren haben: Ein somalischer Asylbewerber hat offenbar in Offenburg einen 51-jährigen Hausarzt aus ungeklärten Motiven mit einem*

Messer erstochen. Warum hatten wir das nicht in der Hauptausgabe der Tagesschau?

Lassen Sie mich das Wichtigste vorwegschicken: Die Tötung eines Menschen ist das Schlimmste, was man sich vorstellen kann. Mein Mitgefühl gilt der Familie und dem Umfeld des 51-jährigen Arztes. Und zugleich packt mich die Wut, wenn ich lese, was in Offenburg passiert ist. Ja, ich verabscheue die Tat. Der Täter muss mit aller Konsequenz zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn ich nun darüber schreibe, wie die Tagesschau einen solchen Fall bewertet, habe ich zugleich immer die Angehörigen des Opfers im Kopf, die möglicherweise lesen, wie der Tod ihres geliebten Menschen einzuordnen ist. Ich hoffe, ich kann diese Einordnung leisten, ohne zynisch zu klingen.

Wir berichten in der Tagesschau über Dinge von gesellschaftlicher, nationaler oder internationaler Relevanz. Dinge, die für die Mehrzahl der rund 83 Millionen Deutschen von Bedeutung sind. Dabei können wir nicht über jeden Mordfall berichten. Ich glaube, da würde wohl auch die Mehrzahl unserer Kritiker noch mitgehen. Wo die Meinungen auseinander gehen, ist die Frage, ob wir darüber berichten sollten, wenn es sich beim Tatverdächtigen um einen Asylbewerber handelt. Aus meiner Sicht sollten wir das dann tun, wenn Asylbewerber überproportional an Tötungsdelikten beteiligt wären. Das ist, soweit wir es recherchieren können, nicht der Fall. Deshalb haben wir uns gegen die Berichterstattung entschieden.

So, und nun kommt ein Satz, der mir ganz wichtig ist. Es haben all diejenigen Recht, die sagen, dass der Arzt heute noch leben würde, wenn dieser Flüchtling nicht ins Land gekommen wäre. Stimmt, ganz klar. Aber ich sage ebenso deutlich, dass auch das für mich noch keine Begründung ist, über einzelne Kriminalfälle in der Tagesschau zu berichten, weil das gilt, was ich oben beschrieben habe. Ausdrücklich erkenne ich an, dass es absolut legitim ist, uns danach zu

fragen. Wer uns wegen unserer Haltung beim Fall Offenburg kritisiert, ist kein Rassist. Dabei lasse ich jetzt mal die Zuschriften außer Acht, die uns vorwerfen, statt über Offenburg über den Tod einer „farbigen“ Musikerin namens Aretha Franklin berichtet zu haben.

Auch wenn wir bei Vorfällen wie in Offenburg traurig oder wütend sind, versuchen wir weiterhin nach journalistischen und ethischen Prinzipien unabhängig und unvoreingenommen zu berichten. Das ist das, was das Publikum von uns zu Recht erwarten darf.

Gniffke spricht in dieser Stellungnahme durchaus etwas im Prinzip Wahres aus: Wären „Flüchtlinge“ unter den Mördern (und Vergewaltigern und Schlägern und Betrügern und Dieben) in Deutschland entsprechend ihrem Anteil an der (gleichaltrigen, gleichgeschlechtlichen) Bevölkerung gleich repräsentiert, müsste eine Reflexion darüber unspezifischer, allgemein ausfallen. Die Frage lautete dann tatsächlich, wo Erziehung in Elternhaus und Schule bei den Einzelnen versagt haben.

Wenn sie aber überproportional repräsentiert sind, muss die Frage nach den besonderen Faktoren gestellt werden, die dafür verantwortlich sind. Wir gehen – anders als Kai Gniffke – davon aus, dass dies bei vielen Flüchtlingen der Fall ist. Er sollte in seinem „Politikstudium“ eigentlich begriffen haben, dass es durchaus unterschiedliche Völker mit unterschiedlichen Mentalitäten und Prägungen auf der Welt gibt, die in Bezug auf Frauen, auf Familie, in Bezug auf Gewalt und Menschenleben andere Einstellungen aufweisen als unsere (bislang) relativ friedliche Gesellschaft.

In unserer Gesellschaft genießen Ärzte und medizinische Helfer ein hohes Ansehen, es ist geradezu absurd für uns, uns Gewalt gegen sie – so wie in Offenburg – überhaupt nur vorzustellen. Gniffke soll uns also schreiben, wann und wo von Deutschen ähnlich grausame Taten in den letzten zehn Jahren an Ärzten

verübt wurden. Entsprechend dem noch hohen Anteil von Deutschen an der Gesamtbevölkerung müsste er da viele Fälle finden. Er soll auch schreiben, warum gerade in den letzten wenigen Jahren Ersthelfer schusssichere Westen brauchen und die Rettungsfahrzeuge mit Kameras und speziellen Schrauben an den Rädern ausgestattet werden müssen. Was ist in diesen wenigen Jahren passiert, Herr Gniffke? War da was?

Gniffke soll außerdem die Silvester-Vergewaltiger von Köln hochrechnen auf die deutsche Gesamtbevölkerung und schreiben, wo die dann noch häufigeren Vergewaltigungen der deutschen Männer stattfanden. Vielleicht übers Jahr verteilt woanders? Halten die aus der Tätergruppe von Köln sich dann vornehm zurück?

Er soll uns schreiben, wo in Deutschland Mädchen von Deutschen massakriert werden, weil sie einen andersgläubigen Mann heiraten oder mit ihm befreundet sein wollen, er soll die katholischen Familien aufzählen, die lieber ihre Töchter umbringen als sie einem Moslem zur Frau zu geben. Es müsste – gemäß dem Anteil katholischer Familien an der Gesamtbevölkerung – eine beachtlich große Anzahl sein, nach Gniffkes Theorie. Das sind nur wenige Beispiele eines übergeordneten Problems:

Der Chefredakteur der ARD soll einen Faktencheck in Bezug auf Tätergruppen und ihre Herkunft und Prägung machen. Dazu reicht es eigentlich bereits, die Augen zu öffnen und die bunte Seifenblase zu verlassen, in der er immer noch seine Tagesschau gestaltet. Besser aber noch, er fragt einmal Kriminalbeamte und Statistiker, wer hier was im Lande anstellt und wie die proportionale Verteilung ist, vielleicht auch einfach nur „Mutti“. Kurzum, er soll, gerade als Nachrichtenmann, die Wahrheit ermitteln und sie aussprechen, und sie nicht verschweigen.



Tagesschau-Reporter hilft bei Einordnung von Ceuta-Nachrichten

Nanny-Fernsehen vom Feinsten lieferte am Sonntag wieder das Flaggschiff der deutschen Lügenpresse, die [20 Uhr-Tagesschau](#). Als erste Meldung brachten die Meinungsmacher das Anwachsen des Flüchtlingsstroms auf der Westroute durch die Straße von Gibraltar nach Spanien.

Sie zeigten den spanischen Innenminister Fernando Grande-Marlaska, der der Vorgängerregierung Vorwürfe machte: Sie hätte die Entwicklung voraussehen und vorbereitend handeln müssen, also den Politikwechsel der jetzigen sozialistischen Regierung gegenüber Flüchtlingen und die Folgen antizipieren sollen. Diesen Unsinn hätte man in einer Nachrichtensendung eventuell noch herausstellen können.

Aber damit hätte man gegen die eigenen Leute geschossen. Statt einer Erläuterung oder eines Kommentars gab es also die häufige moralische Einordnung, wie die spanische Regierung zu bewerten sei; gegenüber ihrer Vorgängerregierung, vor allem aber gegenüber Italien und auch gegenüber einem als „untätig“ hingestellten Resteuropa (also unausgesprochen „Deutschland“).

Die Nannys der ARD arbeiten dabei mit Schlagworten, die

negative oder positive Konnotationen (Beibedeutungen) besitzen und die durch rote und grüne Politiker wie auch durch sie selbst gepflegt und eben auch in der Tagesschau den Zuschauern präsentiert werden. Nanny Michael Stocks nahm am Sonntag für die Tagesschau die Einordnung in gut und böse, in Licht und Schatten am Ende der Nachrichtensendung vor (ab Minute 2:12):

Während die rechtspopulistische [böse] Regierung Italiens Migranten den Zugang verwehrt [böse], zeigt sich Spaniens neue [gut] sozialistische [gut] Regierung offen [gut] und solidarisch [gut].

Spätestens mit der Aufnahme der Flüchtlinge vom Rettungsschiff Aquarius im Juni hat Ministerpräsident Sanchez ein Zeichen gesetzt [gut]. Man wolle helfen [gut]. Längst aber ist klar: Ohne die Hilfe der EU [gut, wenn sie Spanien helfen] ist Spanien dieser Aufgabe nicht gewachsen.

Dass dies kein bloßer Zufall ist, kann man an der theoretisch möglichen Gegenprobe erkennen. Niemals käme die Tagesschau auf die Idee, die sozialistische Regierung Spaniens als „linkspopulistisch“ zu bezeichnen und dagegen die von Italien als „neue konservative“. Der Einsatz von Sprache wie auch das Verschweigen von Nachrichten ([Angriff auf Ceuta](#)) geschieht gezielt und bewusst in der [staatlichen Dauerwerbesendung](#) für Merkels Flüchtlingspolitik.



ARD zementiert die Existenzberechtigung von PI-NEWS

Von EUGEN PRINZ | Teils mit Hilfe von Flammenwerfern der Marke „Eigenbau“ sind am Donnerstag mehr als 600 Migranten ohne Papiere gewaltsam in die spanische Nordafrika-Enklave Ceuta gestürmt. Nach Polizeiangaben waren die Migranten, mehrheitlich junge Männer aus westafrikanischen Ländern „so brutal wie noch nie zuvor vorgegangen“, so ein Polizeisprecher. Die „Flüchtlinge“ griffen die Beamten mit Stöcken, Blechscheren, selbstgebauten Flammenwerfern und Branntkalk an, der schwere Verätzungen hervorruft. Es gab Dutzende [Verletzte auf beiden Seiten](#). PI-NEWS [berichtete ausführlich](#) über den Vorfall.



Jeder muss für sich selbst entscheiden, ob das Bild der Neubürger, von denen viele über kurz oder lang in Deutschland landen werden, in ihm Vertrauen in die Zukunft weckt. Wie wir gelesen haben, handelt es sich um überwiegend äußerst

gewalttätige junge Männer. Es stellt sich die Frage, ob wir auf diesem Bild auch einen oder mehrere künftige Mörder, Vergewaltiger oder Messerstecher sehen, oder nur lauter Fachkräfte, die unser Rentensystem stützen und unsere Alten pflegen.

Und was berichtete die Tagesschau an diesem Tag, am 26. Juli 2018?

[Das hier:](#)

- Handelsstreit zwischen EU und USA: Gespräche über Abschaffung von Zöllen auf Industriegüter vereinbart, Reaktionen auf die Einigung überwiegend positiv
- Verpackungsabfall: Deutschland weit über dem EU-Durchschnitt
- BGH bestätigt: Keine Haftung bei offenen WLAN-Hotspots
- Präsident des BfV Voßkuhle kritisiert Tonfall der CSU in der Flüchtlingspolitik
- Özil-Debatte: Grindel weist Rassismus-Vorwürfe zurück
- Hitzewelle in Deutschland
- Tour de France
- Das Wetter

Dazu erfahren wir noch, dass DFB Präsident Grindel Fehler eingesteht (eine lebenswichtige Information).

Kein Sterbenswörtchen über Ceuta in der Tagesschau

Über Ceuta kein Sterbenswörtchen. Flammenwerferüberfall mit vielen Verletzten sind ja auch kein Thema ...

Wenigstens beantwortet das die Frage, welches das größte Lückenmedium ist: Die dpa (Deutsche Presseagentur) oder die ARD: And the winner is: ARD

Die dpa hatte ausführlich über die Fälle in Ceuta Bericht erstattet, wie man den Tageszeitungen tags darauf entnehmen

konnte.

Alternative Medien im Deutschland des Jahres 2018 unverzichtbar

Falls irgendwer noch Zweifel daran gehabt hat, dass alternative Medien wie PI-NEWS in der heutigen Zeit ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie und der Meinungsfreiheit geworden sind, dann müsste er spätestens jetzt überzeugt sein. Denn Demokratie und Meinungsfreiheit beruhen beide auf umfassender Information der Bürger.

Im Gegensatz zu früher: Gehirnwäsche und betreutes Denken nun kostenpflichtig

Zum Thema GEZ-Zwangsgebühren sei gesagt: Für solche Lückenmedien auch noch bezahlen zu MÜSSEN, ist nichts anderes als staatliches Raubrittertum. Gehirnwäsche und betreutes Denken sollten wenigstens kostenlos sein.

Wenn Sie sich erkundigen möchten, warum der ARD die Vorfälle in Ceute keine Meldung wert waren, können Sie das hier tun:

Kontakt:

» E-Mail: info@DasErste.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse trotz aller Kontroversen in der Sache um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise)